

GASTKOMMENTAR

Nichts als heisse Luft

► RETO BRANSCHI über Airbnb

«Airbed and Breakfast», eine Luftmatratze und ein Frühstück, war 2008 das Grundangebot des heute milliarden-schweren Internet-Reiseriesen Airbnb. Weltweit hat der im kalifornischen Silicon Valley gegründete Konzern eine unkomplizierte Art, Wohnungen für Ferien und Geschäftsreisen zu buchen, populär gemacht. Mit dem Erfolg von Airbnb wurde das Weitervermieten der eigenen vier Wände und der eigenen Ferienwohnung auch zum Einkommensmodell für viele. Besonders praktisch: Airbnb öffnet Tür und Tor bei der Vermietung der Wohnung, die Steuern, Übernachtungstaxen oder Tourismusförderung nicht zu bezahlen. Denn die Vermietung geschieht nach aussen hin anonym.

In einer Charmeoffensive empfing der amerikanische Wohnungsvermarkter kürzlich Touristiker und Medienschaffende aus der ganzen Schweiz zu Präsentationen. In rosa Farbtönen beschrieb der Internetriese, wie er die lokalen Gesetze und den lokalen Tourismus unterstützt und alles daransetzt, dass die Vorschriften über Registrierungen und Abgaben respektiert werden. «Eine US-Techfirma gibt sich regulierungsfreundlich!», schwärmt die «Neue Zürcher Zeitung» in ihrer Ausgabe vom 29. Juni. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich das Gegenteil.

Seit bald zehn Jahren versuchen Bündner Destinationen, Airbnb zu einem absoluten Minimum an Transparenz zu bewegen. Vermieterinnen und Vermieter sollen ihre Identität, eine Registrierungsnummer oder zumindest die genaue Adresse eines Mietobjektes offenlegen. Nur so ist es mög-

Airbnb fördert die Hinterziehung von Steuern und Abgaben.

lich, die Einhaltung der Registrierungspflichten zu kontrollieren. Doch was für den US-Konkurrenten Booking.com oder europäische Anbieter wie E-Do-mizil selbstverständlich ist, verweigert Airbnb beharrlich.

Airbnb fördert die Hinterziehung von Steuern und Abgaben. Anders als alle anderen, die im Tourismus ihr Geld verdienen, verstecken sich die Vermietenden, die mit Airbnb arbeiten, hinter der Plattform. Sie können Steuern, Gästetaxen und Tourismusförderung einfach umgehen, weil die Behörden praktisch keine Möglichkeit haben, sie zu identifizieren.

Den Gemeinden und Tourismusorganisationen in Graubünden entgehen so jedes Jahr Millionen von Franken. Das fette Geschäft machen Vermieterinnen und Vermieter, die dank Airbnb die vorgeschriebenen Steuern und Abgaben hinterziehen und natürlich Airbnb selbst. Der Gigant aus Kalifornien zeigt keinerlei Ambitionen, sich an die lokalen Gesetze zu halten. Kein Wunder: Müs-sen Vermieter auf die Vermietung Steuern und Abgaben entrichten, verliert der US-Konzern Umsatz und Gewinn.

Einen besonders negativen Effekt hat Airbnb am jährlichen World Economic Forum (WEF) in Davos: Während breite Kreise aus der Hotellerie und der kommerziellen Vermietung von Ferienwohnungen keine Wuchermieten rund um das WEF verlangen, treiben Private und kommerzielle Trittbrettfahrer in und um Davos die Preise für Wohnungen und Häuser weiter in die Höhe. Airbnb verdient dabei fröhlich mit.

Überall, wo es Regulierung gebe, unterstütze Airbnb diese, erklärt der Konzern im unkritischen Artikel in der «Neuen Zürcher Zeitung». Für Gemeinden, Destinationen und seriöse Vermietenden in Graubünden ist diese Aussage ein blanker Hohn. Die Behauptungen von Airbnb sind nicht mehr als die heisse Luft, mit denen die Vermietenden von einst die Matratzen ihrer Gäste füllten.

RETO BRANSCHI ist Direktor/CEO der Destination Davos Klosters.

KOLUMNE Heinz Weidkuhn

Rückenschmerzen

N

Nur acht Zeilen lang war die Nachricht im «Bündner Tagblatt» vom 20. Juni, die meldete: «Mehr als 40 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer klagen über Rückenschmerzen.» Das hat die Studie einer Krankenkasse ergeben, bei der 2000 Personen zwischen 18 und 74 Jahren teilgenommen haben. Es bleibe dahingestellt, wie repräsentativ das Ergebnis tatsächlich ist. Aber die hohe Verbreitung der Rückenschmerzen ist bemerkenswert. Die Zeiten, als die Bergbauern ihre schweren Heuballen auf dem Nacken zu ihren Ställen trugen, sind längst vorbei. Die Heuträger hätten schon Grund für Rückenschmerzen gehabt, doch wahrscheinlich klagten sie selten. Heute trägt man kein Heu mehr auf den Schultern, eher eine Aktenmappe oder eine Einkaufstasche in der Hand, und auch diese werden immer öfters durch haltungsgerechte Rucksäcke abgelöst. Die Afrikaner und Asiaten transportieren Wasserkrüge, Pflasterkübel, Ziegel und alles Mögliche gern auf dem Kopf. Das hält den Rücken gerade und sieht erst noch elegant aus.

Der Hauptgrund für unsere Rückenprobleme könnte darin liegen, dass wir weniger gehen und stehen als frühere Generationen. Die Landwirte verrichten ihre Arbeit oft sitzend auf Traktoren, Heuwendern oder Erntefahrzeugen. Das holprige Terrain kann ungesunde Schläge auf die Wirbelsäule verursachen. Dagegen ist eine neue stehende Arbeit üblich geworden, nämlich das gemähte Gras mit schweren, lärmenden Bläsern statt mit leichten Rechen auf die Mahden zu



Kombi-Stehtpult aus der Schule Versam. (Foto Heinz Weidkuhn)

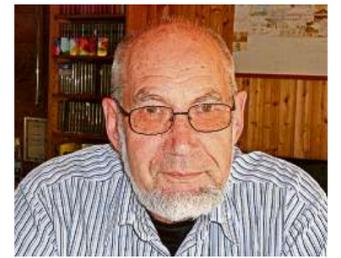
« Manche Geschäftsleute, auch diejenigen, die in der Politik mitmischen, gehen nicht immer ehrlich und aufrecht durch den Alltag. »

bringen. Das wird nicht nur für die Käfer am Boden ungemütlich, sondern auch für die menschlichen Rücken. Doch ein Grossteil der Bevölkerung sitzt fast den ganzen Tag, zuerst beim Frühstück, dann im Bus, im Tram oder in der S-Bahn, im Büro vor dem Computer, in der Pause beim Kaffee, über Mittag in der Kantine, zu Hause beim Nachessen und anschliessend im Fernsehstuhl, bis dann endlich die sitzende Stellung in eine liegende übergeht. Dass gut eingestellte Autosessel bequemer sind als Sitze im Tram oder im Bus, dürfte mit ein Grund sein, weshalb so viele Leute ihr eigenes Fahrzeug

dem ÖV vorziehen, trotz der zunehmenden Staus auf den Strassen und der grösseren Umweltbelastung.

Vielleicht haben gewisse Rückenprobleme auch psychische Ursachen. Manche Geschäftsleute, auch diejenigen, die in der Politik mitmischen, gehen nicht immer ehrlich und aufrecht durch den Alltag. Händeschütteln und Schulterklopfen stärken die Rückenmuskulatur nicht. Intensives Klopfen kann dem Beklopfen sogar schaden und seinen geraden Rücken krümmen! Bei populären oder besonders wichtigen Abstimmungen beträgt der Anteil der Stimmhelfer etwa 40 Prozent, wie bei den Rückenproblemen. Bei einer weniger wichtigen Abstimmung hingegen kehrt sich das Verhältnis um. Die Stimmabstimmungssteigerung steigt auf 60 Prozent. Viele Eidgenossen verzichten ohnehin auf den gesunden Gang zur Urne und stimmen brieflich oder gar elektronisch ab. Beides tut man gewöhnlich im Sitzen. Hier muss ich einräumen: Auch mein Rücken schmerzt ein wenig, denn ich habe diese Kolumne sitzend geschrieben. Vielleicht sollte ich mir ein Stehpult anschaffen. Stehpulte sind jetzt wieder in.

HEINZ WEIDKUHN war Lehrer auf allen Stufen in Graubünden und Basel sowie Teacher Trainer (Sprachen) in Osteuropa und Asien. Wohnhaft ist der Autor mehrerer Bücher seit 1960 im Safiental.



GASTKOMMENTAR Stefan Metzger über das Nein des Bundesgerichts zur St. Moritzer Signalbahn

Eine Folge der Überregulierung!

I

Ich bedauere den Entscheid des Bundesgerichts. Dieses hat – in einer fünfköpfigen Zusammensetzung, deren Mehrheit aus Rot-Grün-Grünliberal bestand – die Plangenehmigung (Baubewilligung) und die Betriebsbewilligung des Bundesamtes für Verkehr für den Bau einer Zehner-Kabinenbahn der Signalbahn von der Talstation in St. Moritz-Bad hinauf auf die Corviglia nach langjähriger und kostspieliger Planung aufgehoben.

Wir haben unseren Staat mit Gesetzen und einem Beamtenapparat aufgebläht und tun das munter weiter. Unsere Parlamente erfinden in den letzten Jahrzehnten neue Bestimmungen in den Bereichen Raumplanung, Bau, Umwelt, Verkehr, Energie, Gewässerschutz, Wald, Fauna und Flora, Altlasten, Biodiversität, Heimat- und Ortsbildschutz, Zweitwohnungsbauverbot und vieles mehr. All das hat raumwirksame Bedeutung.

Wir Bürgerinnen und Bürger selbst machen es vor Ort nicht besser. Wir selbst stimmen an unseren

Gemeindeversammlungen beziehungsweise an unseren Urnen über zu detaillierte Ortsplanungen (Baugesetze, Pläne) ab. Wir beschliessen selbst in unseren Kleinstgemeinden Gesetze für Grossstädte. Gesetzesanwendungen (zum Beispiel eine Baubewilligungserteilung) müssen – das nationale Recht schreibt das vor – koordiniert werden. Die viel zu lange dauernden Vorprüfungsverfahren bei Ortsplanungsrevisionen in Chur und die viel zu voreilig und grosszügig verfügt und mehrfach verlängerten Planungszonen (Bauverbote während dieser Zeiten) sind der Beleg dafür. Die Folge davon: die alles blockierende Überregulierung.

Heute würden – allein dieses Bewusstsein müsste uns doch zum Aufwachen bringen – weder die Linien der Rhätischen Bahn durch das Albulatal (mit dem weltberühmten Landwasserviadukt) noch über den Berninapass ins Veltlin (mit dem Kreisviadukt in Brusio) als Neubauten bewilligt. Heute würden, bestünden sie nicht schon seit vielen Jahrzehnten, weder die Skigebiete am Corvatsch noch am Piz Nair noch auf der Diavolezza oder Motta Naluns und im Samnaun bewilligt.

Heute käme man gar nicht mehr auf die Idee, einen Flugplatz Samedan zu bauen und um die erstmalige Bewilligung hierfür zu ersuchen. Und wer will denn noch in diesem Umfeld Erstwohnungen bauen, wenn er wegen Planungszonen ein halbes Jahrzehnt warten muss?

Die Raumplanung wurde in den letzten 40 Jahren richtiggehend an die Wand gefahren (so sinngemäss

session dieses Jahres – an der Missgunst der anderen, insbesondere auch der bürgerlichen Parteien (bei diesen mit wenigen lobenswerten Ausnahmen). Der Grosse Rat verschärft da und dort, ohne es zu wollen, mit Regulierungseifer allenthalben noch Bundesgesetze und/oder versucht sich in einer Gesetzgebung, für die er mangels Kompetenz leider gar nicht zuständig ist.

Ergebnis dort und hier: Überregulierung, nicht selten widersprüchliche!

Die SVP setzt sich seit jeher für weniger Regulierung ein. Genau das würde die Lage für Investoren für den Bau von Erstwohnungen, touristischen Infrastrukturen und Energieversorgungsinfrastrukturen interessanter machen, selbst ohne Gewährung staatlicher Beihilfen. Das gäbe Arbeit und Erstwohnungen. Das würde den Wohlstand fördern und sichern. Alles andere führt uns immer tiefer in das raumplanerische Chaos mit Hemmnissen und Blockierung.

STEFAN METZGER aus Zuoz ist Präsident SVP Oberengadin und seit 2022 Grossrat. Er arbeitet als Fachanwalt SAV Bau- und Immobilienrecht.

«Die SVP scheitert mit ihren Initiativen an der Missgunst der anderen.»



mein Votum im Grossen Rat in der vergangenen Junisession). Was das Parlament in Bern nicht schafft, gelingt dann Minderheiten über den Missbrauch des Beschwerde-rechts. Und der Grosse Rat in Chur versucht in seiner Mehrheit ebenso konzeptlos, hilflos und unsorgfältig, aus diesem Schlamassel herauszufinden. Und wenn die SVP den Grossen Rat mit nach Bern gerichteten Standesinitiativen zur Deregulierung überzeugen will, scheitert sie – so geschehen in der Juni-